



07. Januar 2021

Visits 133'624'190 20min.ch
Wert 119'300 CHF 8021 Zürich
Schweiz (deutsch)
Artikel im Web Tageszeitung (überregional)

Armutsfälle Corona-Krise : Behörden rechnen mit Zehntausenden Sozialhilfe-Empfängern mehr

vor 14min

Armutsfälle Corona-Krise: Behörden rechnen mit Zehntausenden Sozialhilfe-Empfängern mehr

Die Konferenz für Sozialhilfe rechnet wegen der Corona-Krise im pessimistischen Szenario mit bis zu 75'900 neuen Sozialhilfebezügern. Kantone und Gemeinden müssen sich auf Mehrkosten einstellen.

von Leo Hurni

1 / 2

Die Corona-Pandemie hat in der Schweiz für den grössten wirtschaftlichen Einschnitt seit dem 2. Weltkrieg gesorgt.

Urs Jaudas

Die Skos prognostiziert den Sozialämtern viel Arbeit.

Urs Jaudas

Die Corona-Pandemie hat in der Schweiz für den grössten wirtschaftlichen Einschnitt seit dem 2. Weltkrieg gesorgt. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) geht davon aus, dass bald deutlich mehr Menschen auf Hilfe angewiesen sein werden. 2019 bezogen in der Schweiz 271'400 Personen Sozialhilfe. Der Verband hat am Donnerstag seine Prognosen aktualisiert - im pessimistischen Fall rechnet er mit über 75'000 neuen Sozialhilfebezügern.

Referenzszenario: 57'800 zusätzliche Sozialhilfebezügler

Das mittlere Referenzszenario rechnet mit einem Anstieg der Sozialhilfequote von 3,2 Prozent auf 3,8 Prozent. Die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Personen würde sich um 21 Prozent erhöhen, was 57'000 Personen entspricht. Bei Gemeinden und Kantonen fielen Mehrkosten von 821 Millionen Franken an.

Pessimistisches Szenario: 75'900 zusätzliche Sozialhilfebezügler

Im pessimistischen Szenario rechnet die Skos mit einem Anstieg der Sozialhilfequote auf 4 Prozent und einer Zunahme aller Sozialhilfebezüger von 28 Prozent. Kantone und Gemeinde haben dann mit Zusatzausgaben von rund einer Milliarde Franken zu rechnen.

Optimistisches Szenario: 32'900 zusätzliche Sozialhilfebezüger

Das entspricht einer Sozialhilfequote von 3.5 Prozent. Im Vergleich: Die Sozialhilfequote im Jahr 2019 betrug 3.2 Prozent. Ausgehend von den Nettoausgaben für die Sozialhilfe von 2,83 Milliarden Franken 2018 würde das optimistische Szenario die Gemeinde und Kantone rund 543 Millionen Franken mehr kosten, also rund 3.3 Milliarden Franken.

Zahl der Sozialhilfe-Fälle steigt bereits

In einigen Kantonen steigt die Sozialhilfequote bereits deutlich stark an: Im Kanton Genf, der im Herbst die Läden schloss, belief sich die Zunahme im November 2020 auf 8,5 Prozent im Vergleich zum Durchschnittsmonat 2019. Auch in der Stadt Luzern stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger deutlich an (plus 8 Prozent). Grund dafür: Genf und vor allem Luzern sind beide stark abhängig von den ausländischen Touristen - diese blieben dieses Jahr weitgehend aus.

Für 2023 rechnet die Skos dann wieder mit einer leichten Abnahme der unterstützten Personen mit einem leichten Rückgang der Sozialhilfequote um 0,2 Prozent.



07. Januar 2021

Visits 133'624'190 20min.ch
Wert 119'300 CHF 8021 Zürich
Schweiz (deutsch)
Artikel im Web Tageszeitung (überregional)

Armutsfälle Corona-Krise : Behörden rechnen mit Zehntausenden Sozialhilfe-Empfängern mehr

vor 14min

Armutsfälle Corona-Krise: Behörden rechnen mit Zehntausenden Sozialhilfe-Empfängern mehr

Die Konferenz für Sozialhilfe rechnet wegen der Corona-Krise im pessimistischen Szenario mit bis zu 75'900 neuen Sozialhilfebezügern. Kantone und Gemeinden müssen sich auf Mehrkosten einstellen.

von Leo Hurni

1 / 2

Die Corona-Pandemie hat in der Schweiz für den grössten wirtschaftlichen Einschnitt seit dem 2. Weltkrieg gesorgt.

Urs Jaudas

Die Skos prognostiziert den Sozialämtern viel Arbeit.

Urs Jaudas

Die Corona-Pandemie hat in der Schweiz für den grössten wirtschaftlichen Einschnitt seit dem 2. Weltkrieg gesorgt. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) geht davon aus, dass bald deutlich mehr Menschen auf Hilfe angewiesen sein werden. 2019 bezogen in der Schweiz 271'400 Personen Sozialhilfe. Der Verband hat am Donnerstag seine Prognosen aktualisiert - im pessimistischen Fall rechnet er mit über 75'000 neuen Sozialhilfebezügern.

Referenzszenario: 57'800 zusätzliche Sozialhilfebezügler

Das mittlere Referenzszenario rechnet mit einem Anstieg der Sozialhilfequote von 3,2 Prozent auf 3,8 Prozent. Die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Personen würde sich um 21 Prozent erhöhen, was 57'000 Personen entspricht. Bei Gemeinden und Kantonen fielen Mehrkosten von 821 Millionen Franken an.

Pessimistisches Szenario: 75'900 zusätzliche Sozialhilfebezügler

Im pessimistischen Szenario rechnet die Skos mit einem Anstieg der Sozialhilfequote auf 4 Prozent und einer Zunahme aller Sozialhilfebezüger von 28 Prozent. Kantone und Gemeinde haben dann mit Zusatzausgaben von rund einer Milliarde Franken zu rechnen.

Optimistisches Szenario: 32'900 zusätzliche Sozialhilfebezüger

Das entspricht einer Sozialhilfequote von 3.5 Prozent. Im Vergleich: Die Sozialhilfequote im Jahr 2019 betrug 3.2 Prozent. Ausgehend von den Nettoausgaben für die Sozialhilfe von 2,83 Milliarden Franken 2018 würde das optimistische Szenario die Gemeinde und Kantone rund 543 Millionen Franken mehr kosten, also rund 3.3 Milliarden Franken.

Zahl der Sozialhilfe-Fälle steigt bereits

In einigen Kantonen steigt die Sozialhilfequote bereits deutlich stark an: Im Kanton Genf, der im Herbst die Läden schloss, belief sich die Zunahme im November 2020 auf 8,5 Prozent im Vergleich zum Durchschnittsmonat 2019. Auch in der Stadt Luzern stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger deutlich an (plus 8 Prozent). Grund dafür: Genf und vor allem Luzern sind beide stark abhängig von den ausländischen Touristen - diese blieben dieses Jahr weitgehend aus.

Für 2023 rechnet die Skos dann wieder mit einer leichten Abnahme der unterstützten Personen mit einem leichten Rückgang der Sozialhilfequote um 0,2 Prozent.



07. Januar 2021

Visits 38'787'643
Wert 34'600 CHF

bluewin.ch
8037 Zürich
Schweiz (deutsch)
Newsportal

Auch erschienen in
1. Bieler Tagblatt
2. Radio Central
3. Südostschweiz
[+ 5 weitere Medien]

[Artikel im Web](#)

Konferenz für Sozialhilfe rechnet mit mehr Hilfsbedürftigen



Wegen der Covid-19-Pandemie dürfte die Zahl der Menschen steigen, die Geld von der Sozialhilfe benötigen. Das erwartet die Konferenz für Sozialhilfe. (Symbolbild) Keystone

In den nächsten zwei Jahren könnte die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Menschen um 21 Prozent steigen gegenüber 2019. Ein Grund dafür ist die Corona-Pandemie. Die Kosten der Sozialhilfe könnten um 821 Millionen Franken steigen.

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) hat ihre überarbeiteten Prognosen für die nächsten zwei Jahre am Donnerstag in Bern den Medien vorgestellt. Die Langzeitfolgen der Krise seien schwer abzuschätzen. Aber es sei davon auszugehen, dass ein Teil der Menschen im Land mittel- und langfristig Unterstützung bräuchten.

Rund 21 Prozent mehr Fälle erwartet

In ihrem Referenzszenario rechnet die Skos bis 2022 mit rund 57'800 zusätzlichen Menschen in der Sozialhilfe, rund 21 Prozent mehr als 2019. Die Sozialhilfequote würde von derzeit 3,2 auf 3,8 Prozent steigen. Im Mai hatte die Skos mit einem Anstieg von 28,2 Prozent gerechnet. 2019 bezogen rund 271'400 Menschen Sozialhilfe.

Diese Zahlen stammen aus dem mittleren Szenario der Skos. Das optimistische geht von 12 Prozent mehr Unterstützten und einer Sozialhilfequote von 3,5 Prozent aus. Das pessimistische dagegen rechnete mit einer Sozialhilfequote von 4,0 Prozent und Zusatzkosten von rund einer Milliarde Franken.

Insgesamt sind die Fallzahlen laut Skos wegen Covid-19 zwar bisher nicht gestiegen. Doch einzelne Regionen weichen ab: In der Stadt Luzern war die Zahl der Fälle im November 8 Prozent höher als im Mittel von 2019. Dort arbeiteten viele Menschen im auf derzeit fehlende ausländische Gäste ausgerichteten Tourismus.

In Genf, wo internationale Gäste wegen der Pandemie ebenfalls ausblieben, war die Fallzahl im November gar um 8,5 Prozent höher. In Genf werden allerdings auch Personen mitgezählt, die als Selbständige einen erweiterten Zugang zur Sozialhilfe haben.

Gezielte Hilfe für Selbstständige

Als besonders gefährdet, von Sozialhilfe abhängig zu werden, erachtet die Skos Langzeitarbeitslose. Sie erwartet, dass sich ab 2021 zunehmend Ausgesteuerte beim Sozialamt melden.

Eine «kritische Phase» ist laut der Skos die Zeit zwischen der Aussteuerung und dem Gang aufs Sozialamt. In dieser Zeit brauchten viele Betroffene ihre finanziellen und persönlichen Ressourcen auf. Sie büssten damit so viel an Selbstwertgefühl ein, dass ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt enorm schwierig werde.

Die Konferenz fordert daher neue Ansätze. Sie nennt ausbaubare Instrumente der Arbeitslosenversicherung und die in der Verfassung verankerte Möglichkeit einer Arbeitslosenfürsorge.

Doch auch Selbstständige mit tiefen Einkommen könnten künftig Geld von der Sozialhilfe benötigen. Wegen der Pandemie dürften sich mehr von ihnen bei den Sozialämtern melden - Selbstständige wurden bisher kaum unterstützt. Die zuständigen Stellen müssten sich neu auf die Bedürfnisse dieser Menschen ausrichten und prüfen, wie ihnen geholfen werden kann, etwa bei Umschulungen.

Massnahmen für Wirtschaft weiterführen

In den Augen der Skos ist es «dringend nötig», dass der Bundesrat die Massnahmen für die Unterstützung der Wirtschaft bis zum Ende der Pandemie weiterführt. «Ein zu frühes Ende würde zwangsläufig zu einer Überlastung der Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherheit führen», schreibt sie.

Von der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung fordert die Konferenz Unterstützung, damit nicht zusätzlich Fälle in die Sozialhilfe verlagert werden. Auch der Bund muss in den Augen der Skos helfen bei der beruflichen und sozialen Integration.

Angesetzt werden müsste laut Skos aber auch bei der Aus- und Weiterbildung. Junge Leute müssten trotz Krise ins Berufsleben einsteigen können und Erwerbstätige für den digitalen Wandel fit gemacht werden. Die Skos rechnet wegen der Pandemie mit einem beschleunigten Strukturwandel im Arbeitsmarkt.

Mehr Flüchtlinge erwartet

Mehr Sozialhilfe-Fälle erwartet die Skos nicht nur allein wegen der Pandemie, sondern auch, weil für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, die 2014 bis 2016 in die Schweiz kamen, neu Kantone und Gemeinden zuständig sind. Bis 2022 könnten gemäss dem mittleren Szenario der Skos zusätzliche 17'000 Geflüchteten Sozialhilfe benötigen. Sie fordert deshalb einen Ausgleichsmechanismus.

Zurück zur Startseite



07. Januar 2021

Visits 6'585'212
Wert 9'400 CHF

Luzerner Zeitung
Schweiz (deutsch)
Tageszeitung (regional)

[Artikel im Web](#)

Plus 8 Prozent: Stadt Luzern verzeichnet starken Anstieg bei der Sozialhilfequote



07.01.2021, 10.00 Uhr

Kaum Touristen, geschlossene Restaurants: Luzern - hier das Brandgässli - ist von der Coronakrise besonders betroffen.

Bild: Patrick Hürlimann (29. Dezember 2020)

(hor) Die Auswirkungen der Corona-Krise stellen eine grosse Herausforderung für das System der sozialen Sicherheit der Schweiz dar. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) hat deshalb die mittelfristigen Herausforderungen analysiert und die im vergangenen Mai publizierten Prognosen für die kommenden zwei Jahre aktualisiert. Demnach verzeichnet die Skos gesamtschweizerisch noch keinen Anstieg der Fallzahlen in der Sozialhilfe - doch es gibt Ausnahmen. Eine davon ist die Stadt Luzern, wie die Skos am Donnerstag mitteilt.

Konkret verzeichnet die Stadt Luzern bei der Sozialhilfequote plus 8 Prozent im Monat November 2020 gegenüber dem Durchschnittsmonat 2019. Mögliche Gründe dafür sind gemäss Skos der hohe Anteil von Beschäftigten in einem auf ausländische Gäste ausgerichteten Tourismus sowie ein generell steigender Trend aus dem Vorjahr. Im gleichen Zeitraum ebenfalls stark angestiegen ist die Sozialhilfequote im Kanton Genf mit plus 8,5 Prozent. In Genf werden auch jene Personen mitgezählt, die vom weniger restriktiven Zugang zur Sozialhilfe für Selbständigerwerbende profitieren. Ausserdem ist auch in Genf der Einbruch bei internationalen Gästen analog zu Luzern sehr hoch.

Kostenfolgen in der Sozialhilfe von rund 821 Millionen Franken erwartet

Die gestiegenen Quoten in Luzern und Genf dürften nur ein Vorgeschmack sein. Skos geht davon aus, dass wegen der Coronakrise gesamtschweizerisch ein Teil der Bevölkerung mittel- und langfristig Einbussen erleiden und auf Unterstützung angewiesen sein wird. Im Referenz-Szenario werde sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Personen bis im Jahr 2022 um 21 Prozent erhöhen. Dies hätte Mehrkosten im Bereich der Sozi-

alhilfe von 821 Millionen Franken im Vergleich zum Jahr 2019 zur Folge. Gefährdete Gruppen seien Langzeitarbeitslose, die nun noch mehr Schwierigkeiten bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt hätten, sowie Selbständigerwerbende mit tiefem Einkommen.

Die Skos als Fachverband für Sozialhilfe appelliert deshalb in der Mitteilung an den Bundesrat, die beschlossenen Massnahmen zur Unterstützung bis zum Ende der Corona-Pandemie weiterzuführen: «Dies ist dringend nötig, um die Existenz der Betroffenen zu sichern. Ein zu frühes Ende würde zwangsläufig zu einer Überlastung der Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherheit führen.» Für den erwarteten Zuwachs in der Sozialhilfe brauche es zudem Massnahmen zur Abfederung.

3,2 Prozent der Bevölkerung bezogen 2019 Sozialhilfe

Während des Jahres 2019 wurden gesamtschweizerisch 271'400 Personen unterstützt, das sind 3,2 Prozent der Bevölkerung. Die Risikogruppen blieben unverändert: Kinder- und Jugendliche (5,2%), ausländische Personen (6,1%), Geschiedene (5,2%) und Personen ohne Berufsbildung haben die höchsten Sozialhilfequoten. Besonders betroffen sind Einelternfamilien: 21,2% sind auf Sozialhilfe angewiesen (Bundesamt für Statistik BFS, 2020a).



06. Januar 2021

Visits 3'836'754
Wert 3'400 CHF

Radio Télévision Suisse
Schweiz (französisch)
Sendung TV/Radio

[Artikel im Web](#)

Sur la gestion du Covid, "il n'y a pas une chose qu'on peut se reprocher", affirme Nathalie Barthoulot



L'invitée de La Matinale (vidéo) - Nathalie Barthoulot, présidente du gouvernement jurassien / La Matinale / 10 min. / aujourd'hui à 07:33

Invitée dans La Matinale mercredi, la nouvelle présidente du Gouvernement jurassien Nathalie Barthoulot a jugé qu'il n'y avait pas matière à se reprocher quoi que ce soit sur la gestion du Covid. La socialiste a aussi évoqué l'importance du vote sur l'appartenance de Moutier en mars.

Réagissant aux propos de Guy Parmelin dans le SonntagsBlick sur la gestion de la pandémie, la présidente du Gouvernement jurassien Nathalie Barthoulot a déclaré: "Objectivement, il n'y a pas une chose qu'on peut se reprocher". Et d'ajouter: "Aujourd'hui, on doit vraiment mettre notre énergie au service de la cause. Peut-être se posera-t-on un certain nombre de questions un peu plus tard."

Nathalie Barthoulot estime aussi qu'il ne faut pas davantage de sanctions. "On peut tout à fait entendre qu'aujourd'hui, la population en a marre. La répression n'est pas une réponse circonstanciée. Il faut plutôt la motiver et lui faire comprendre les enjeux que nous traversons", assure-t-elle.

Celle qui préside également la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales estime par ailleurs qu'il "ne faut pas se voiler la face" sur les chiffres de l'aide sociale qui restent stables: "Les perspectives de la Conférence suisse des institutions d'action sociale évoquent une progression de 20% à 30% du nombre de personnes inscrites dans les prochaines années."

Moutier, autre grand sujet en 2021

La présidente du Gouvernement jurassien a également indiqué attendre "avec impatience" le résultat du vote sur l'appartenance cantonale de Moutier, le 28 mars prochain: "Du côté des autorités, l'engagement sera plus retenu. Parce que les éléments principaux constitutifs de ce vote ont déjà été communiqués lors du premier scrutin en 2017."

En outre, Nathalie Barthoulot a assuré que le Jura s'est engagé "une fois le vote passé et validé de procéder à un toilettage de la Constitution dans les meilleurs délais". En effet, deux articles de sa Constitution sont contestés par Berne.

L'article 138 stipule que le canton peut accueillir toute partie du territoire jurassien directement concernée par le scrutin du 23 juin 1974. Quant à l'article 139, il devait permettre la création d'un nouveau canton couvrant les territoires du Jura bernois.

Propos recueillis: David Berger

Adaptation web: Valentin Jordil



07. Januar 2021

Visits 2'862'871
Wert 2'600 CHF

arcinfo.ch
Schweiz (französisch)
Newsportal

Auch erschienen in
1. Journal de Morges

[Artikel im Web](#)

Coronavirus: près de 60'000 personnes de plus à l'aide sociale en Suisse en 2021 et 2022?

PRÉVISIONS L'aide sociale pourrait coûter 821 millions de francs de plus ces deux prochaines années à cause des conséquences de la pandémie. Les cantons et les communes doivent se préparer à des coûts supplémentaires.

Dans les deux prochaines années, le nombre de bénéficiaires de l'aide sociale pourrait augmenter de 21% par rapport à 2019, notamment en raison de la crise du coronavirus. Le coût de l'aide sociale augmenterait alors de 821 millions de francs.

La Conférence suisse des institutions d'action sociale (CSIAS) a présenté jeudi ses prévisions pour les deux prochaines années. Si les conséquences économiques à moyen et long terme de la crise du coronavirus sont encore difficiles à évaluer, il faut partir du principe qu'une part de la population aura besoin de soutien, peut-on lire dans son communiqué.

A lire aussi : 271'400 personnes en Suisse: qui sont les bénéficiaires de l'aide sociale?

Le scénario de référence du CSIAS table sur une augmentation de 57'800 bénéficiaires, soit environ 21% de plus qu'en 2019. Alors le taux d'aide sociale passerait à 3,8% contre 3,2 actuellement. Le scénario pessimiste du CSIAS prévoit que d'ici 2022, il y aura 28% de bénéficiaires de l'aide sociale en plus, alors que l'optimiste augure une augmentation de 12% du nombre de bénéficiaires.

Poursuivre les mesures de soutien

Dans son communiqué, l'association professionnelle nationale de l'aide sociale demande au Conseil fédéral de poursuivre les mesures de soutien jusqu'à la fin de la pandémie. Cela doit être une «priorité absolue afin de garantir l'existence des personnes concernées», peut-on lire. Mettre fin à ces mesures prématurément entraînerait une surcharge de l'aide sociale, selon la Conférence.

A l'échelle cantonale, l'organisation estime qu'il y a urgence à concrétiser des mécanismes de partage des charges efficaces entre les communes. La Conférence demande aussi que les caisses d'assurance chômage et d'invalidité apportent leur soutien pour éviter que des bénéficiaires supplémentaires ne soient transférés vers l'aide sociale.

ATS



07. Januar 2021

Visits 21'801 rontaler.ch
Wert n. a. Schweiz (deutsch)
Newsportal

[Artikel im Web](#)

SVP Ebikon präsentiert Massnahmen für das Budget 2021

SVP Ebikon präsentiert Massnahmen für das Budget 2021

7. Januar 2021

Am 29. November 2020 hat die Stimmbevölkerung der Gemeinde Ebikon mit über 56% der Stimmen das Budget für das Jahr 2021 an der Urne abgelehnt. Mit diesem Budget einhergehen sollte eine Steuererhöhung um 0.2 Steuereinheiten.

Die Stimmbevölkerung hat sich somit deutlich gegen eine derart überrissene Steuererhöhung ausgesprochen und ist der Argumentation der SVP gefolgt. Die Gemeinde ist nun angehalten, ein neues Budget zu erarbeiten und dieses Budget der Stimmbevölkerung zur erneuten Abstimmung zu unterbreiten. Als Abstimmungstermin wurde der 7. März 2021 festgelegt.

Bereits am Abstimmungssonntag hat die SVP der Gemeinde in Ihrer Medienmitteilung mehrere Vorschläge zukommen lassen, wie aus unserer Sicht die Gemeindefinanzen korrigiert werden müssen! Ohne genauere Prüfung der Vorschläge hat die Finanzvorsteherin im Interview vom 03. Dezember 2020 in der LZ diese Vorschläge als untauglich betitelt und stattdessen der Bevölkerung schmerzhafteste Leistungskürzungen in Aussicht gestellt. Die SVP Ebikon geht deshalb davon aus, dass auch im zweiten Budgetvorschlag keine ernsthaften Sparbemühungen an den Tag gelegt werden was wir sehr bedauern würden. Aus diesem Grund hat die SVP dem Gemeinderat sowie der Controlling Kommission in einem fünfseitigen, offenen Brief über zwanzig Massnahmen unterbreitet. Die geforderten Optimierungsvorschläge werden in drei Kategorien unterteilt.

Kostenstrukturen im Bereich der administrativen Verwaltung

Hier fordert die SVP eine Verschlankeung der Verwaltungskosten in unterschiedlichsten Bereichen. Die Gemeindeverwaltung wurde in den vergangenen 10 Jahren um über 800 Stellenprozente ausgebaut und gleichzeitig wurden Unsummen in die Digitalisierung investiert. Dieser ständige IT-Ausbau sollte dazu führen, dass den Verwaltungsangestellten die Arbeit erleichtert wird und das somit für das gleiche Volumen an Arbeit weniger Angestellte benötigt werden. In Ebikon scheint dieser ansonsten überall gültige Effekt offenbar nicht zu greifen!

Bei der Verschlankeung der Verwaltungskosten müssen auch bei Kaderpositionen Einschnitte getätigt werden. Die 2018 eigenmächtig eingeführte Pensenerhöhung der Gemeinderäte kostet jährlich über 80'000 CHF und ist umgehend wieder rückgängig zu machen! Als Gemeinderat hat man - bedingt durch das Amt - Einsitz in verschiedene Verwaltungsräte. Die Entschädigungen dieser Tätigkeiten sind in Vergangenheit jeweils in die Taschen des jeweiligen Gemeinderates geflossen. In anderen Kommunen wie beispielsweise Kriens müssen solche Entschädigungen in die Stadtkasse fliessen, da diese Verwaltungsratsmandate mit dem Amt des Stadtrates verknüpft sind, und somit die Sitzungsteilnahme bereits in der Entlöhnung des Stadtrates abgegolten wurde. Wir sind der Meinung, dass diese Praxis auch in Ebikon Einzug halten muss!

Weiteres Optimierungspotential sehen wir bei den 89 Verbandsmitgliedschaften, bei den Kosten der Spitex, bei den Beiträgen für die KESB sowie in einer restriktiven Umsetzung der SKOS Sozialhilferichtlinien.

Sistierung von nicht zwingend notwendigen Bauprojekten

Ein zweites Themengebiet der Massnahmen umfasst die geplanten Bauprojekte. Oftmals werden solche Projekte über die Investitionsrechnung finanziert. Im Gegensatz zur Erfolgsrechnung hat die Investitionsrechnung nur einen indirekten Einfluss auf den Steuerfuss in Ebikon. Diese Projekte führen jedoch zu Folgekosten in den Bereich Verwaltung und Unterhalt. Dabei handelt es sich um Aufwände, welche wiederum über die Erfolgsrechnung abgegolten werden. Ausserdem müssen für solche Projekte in den Folgejahren Abschreibungen mit kalkuliert werden. Aus diesem Grund fordert die SVP Ebikon, dass in finanziell schwierigen Zeiten solche Investitionen auf ein absolutes Minimum begrenzt werden müssen. So fordert die SVP beispielsweise, dass die Neugestaltung des Eingangsbereiches im Gemeindehaus sistiert werden muss (200'000 CHF). Auch die Umgestaltung des Areals Rütihof muss auf bessere Tage verschoben werden (550'000 CHF). Ebenso fordern wir, dass die geplante Konzeptentwicklung für den Werkhof (500'000 CHF) vertagt werden muss, um hier nur die wichtigsten Positionen zu nennen.

Optimierung auf der Ertragsseite

Unter der dritten Kategorie werden Massnahmen zusammengefasst, welche eine Optimierung auf der Einnahmeseite zur Folge haben. Hier fordert die SVP den Ausbau der Wirtschaftsförderung, um die leerstehenden Gewerbeflächen entlang der Hauptstrasse und in der Mall wieder beleben zu können, und so den Zuzug von gewerblichen Steuerzahlern zu forcieren. Auch der Zuzug von privaten, zahlungskräftigen Steuerzahlern muss durch geeignete Massnahmen wieder vermehrt angestrebt werden. Zuletzt fordert die SVP die Gemeinde auf, dass Sie bei sämtlichen gemeindeeigenen Immobilien prüfen muss, ob diese allenfalls zusätzlich gewinnbringend genutzt werden können.

Fazit

Die SVP ist überzeugt, dass unter Berücksichtigungen dieser Massnahmen ein ausgewogenes und mehrheitsfähiges Budget mit einem Steuersatz von 1.9 Steuereinheiten möglich ist. Wir freuen uns auf eine entsprechende Berücksichtigung bei der Planung des neuen Budgetvorschlages. Es erscheint uns wichtig anzumerken, dass die durch uns vorgebrachten Vorschläge keinesfalls eine abschliessende Liste von Massnahmen darstellt. Viele der Positionen im Budget sind sehr generell formuliert, so dass es sich als wahre Herausforderung darstellt, beim vorliegenden Detaillierungsgrad tiefer greifende Massnahmen und Empfehlungen abzuleiten. Die SVP Ebikon ist überzeugt, dass der Gemeinderat bei einer genauen und kritischen Prüfung des Budgets weitere Positionen finden wird, die ihren Beitrag dazu leisten können, um ein Budget im Sinne des Steuerzahlers zu erarbeiten.

SVP Ebikon